

Der Bieter ist verpflichtet, seinem Angebot die nachfolgende Rahmenvereinbarung und die nach diesen Bewerbungsbedingungen hierzu vorgesehenen Anlagen zugrunde zu legen. Mit Abgabe seines Angebotes bestätigt der Bieter die Geltung dieser Rahmenvereinbarung und der Anlagen hierzu.

Dienstleistungs-Rahmenvereinbarung

Zwischen der

AOK PLUS – Die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen.
vertreten durch den Vorstand,
dieser vertreten durch den Bevollmächtigten des Vorstandes
Herr Marko Schäfer,
Sternplatz 7
01067 Dresden

- im Folgenden auch „Auftraggeberin“ genannt -

und

.....

.....

.....

- im Folgenden auch „Auftragnehmer“ genannt (bei Bietergemeinschaften gemeinsam auf alle Mitglieder der Bietergemeinschaft bezogen) -

- im Folgenden einzeln/gemeinsam auch „Partei“/„Parteien“ genannt -

wird folgende Rahmenvereinbarung geschlossen:

Präambel

Die Auftraggeberin benötigt zur Unterstützung bei Projekten und/oder Umsetzungsbegleitung für einen begrenzten Zeitraum Leistungen freier Mitarbeiter mit spezifischen Fachkenntnissen. Zur Beschaffung solcher Leistungen schließt die Auftraggeberin Rahmenvereinbarungen mit höchstens 2 Auftragnehmern je Los. Auf Basis dieser Rahmenvereinbarung kann die Auftraggeberin bei dem Rahmenvertragspartner des jeweiligen Loses Leistungen in Form von Arbeitspaketen bedarfsorientiert nach dem in § 4 beschriebenen Verfahren beauftragen.

Neben der Auftraggeberin gibt es weitere Abrufberechtigte, die in § 3 im Einzelnen aufgeführt sind. Diese sind berechtigt, aber nicht verpflichtet, ihren Bedarf aus dieser Rahmenvereinbarung zu decken.

Eine Abrufverpflichtung der Auftraggeberin aus dieser Rahmenvereinbarung besteht nicht. Die Auftraggeberin behält sich vor, neben dieser Rahmenvereinbarung weiterhin die gegenständlichen Dienstleistungen, ggf. auch unter Einsatz freier Mitarbeiter, insbesondere bei spezifischen Inhalten, an Dritte zu beauftragen und weitere Vereinbarungen zu diesen Dienstleistungen abzuschließen. Es besteht keine Exklusivität aufgrund dieser Rahmenvereinbarung. Dasselbe gilt für die weiteren Abrufberechtigten.

§ 1 Gegenstand und Bestandteile der Rahmenvereinbarung

- (1) Gegenstand dieser Rahmenvereinbarung ist die Erbringung von selbstständigen Dienstleistungen durch den Auftragnehmer für die Auftraggeberin, insbesondere durch vom Auftragnehmer eingesetzte qualifizierte Nachunternehmer mit spezifischen Kenntnissen (nachfolgend: freie Mitarbeiter), sowie damit verbundene Nebenleistungen, insbesondere die Auswahl geeigneter freier Mitarbeiter als Nachunternehmer.
- (2) Die Vertragsbestandteile gelten in der folgenden Reihenfolge:
 - die Bestimmungen dieser Rahmenvereinbarung;
 - die Bewerbungsbedingungen einschließlich Leistungsbeschreibung (Anlage 1 der Bewerbungsbedingungen) nebst Anhang 1 (Anhang 1 zu Anlage 1 der Bewerbungsbedingungen);
 - die Angaben zur Eignung (Anlagen 8 – 11-5 der Bewerbungsbedingungen, bei Bietergemeinschaften zuzüglich der Bietergemeinschaftserklärung, Anlage 4 der Bewerbungsbedingungen);
 - bei vorgesehenem Einsatz von Unterauftragnehmern und/oder Dritten zur Eignungsleihe für Tätigkeiten, die nicht die zu erbringenden Dienstleistungen durch die freien Mitarbeiter betreffen, hierfür

- das Unterauftragnehmervverzeichnis (Anlage 3-2 der Bewerbungsbedingungen),
 - mit den entsprechenden Verpflichtungs- sowie Haftungserklärungen (Anlage 3-3 der Bewerbungsbedingungen) sowie
 - die Angaben der Unterauftragnehmer und/oder Dritter zur Eignungsleihe, dass keine Ausschlussgründe i.S.v. §§ 123, 124 GWB vorliegen (Anlage 3-4 der Bewerbungsbedingungen);
- die Datenschutzbestimmungen (Bestimmungen zum Datenschutz und zur Datensicherheit sowie Verpflichtungserklärung zur Wahrung des Datengeheimnisses, Anhänge 1 und 2 zu diesem Vertrag)
 - Zuschlagsschreiben unter Benennung der Platzierung
 - dem Angebot des Auftragnehmers einschließlich Angebotsblatt (Anlagen 6-1 und 6-5 der Bewerbungsbedingungen)
 - die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der jeweils gültigen Fassung.

Alle Anlagen sind wesentliche Bestandteile dieser Rahmenvereinbarung. Bei Abweichungen bzw. Widersprüchen haben die oben jeweils vorher genannten Bestandteile der Rahmenvereinbarung Vorrang vor den danach genannten Bestandteilen der Rahmenvereinbarung.

- (3) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden zu keinem Zeitpunkt Inhalt dieser Rahmenvereinbarung oder eines darauf beruhenden Einzelauftrages, auch nicht durch spätere Einbeziehung, z. B. bei Abdruck auf Anschreiben oder Rechnungen, sofern die Parteien nicht ausdrücklich in schriftlicher Form etwas anderes vereinbaren.

§ 2 Leistungen des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer erbringt die Leistungen nach dieser Rahmenvereinbarung einschließlich der Anlagen. Zur Erbringung der selbstständigen Dienstleistungen setzt der Auftragnehmer grundsätzlich im Wege von Unteraufträgen geeignete, nach den jeweiligen Anforderungen der Auftraggeberin qualifizierte freie Mitarbeiter ein.
- (2) Lehnt die Auftraggeberin einen freien Mitarbeiter mit nachvollziehbaren Gründen ab oder beendet sie den Einsatz des freien Mitarbeiters aus nachvollziehbaren Gründen, jeweils insbesondere wegen unzureichender Eignung für die vorgesehene Tätigkeit, oder scheitert der Einsatz des freien Mitarbeiters aus Gründen, die ihre Ursache in der Sphäre des Auftragnehmers oder des freien Mitarbeiters haben, so hat der Auftragnehmer innerhalb einer angemessenen Frist für einen angemessenen, anforderungsge-rechten Ersatz zu sorgen.

- (3) Ändern sich die Anforderungen der Auftraggeberin während der Leistungserbringung dahingehend, dass der Einsatz des freien Mitarbeiters nicht in dem ursprünglich vorgesehenen Umfang benötigt wird, kann die Auftraggeberin diesen einseitig, aber mit angemessenem Vorlauf reduzieren. Ändern sich die Anforderungen der Auftraggeberin während der Leistungserbringung dahingehend, dass der Einsatz des freien Mitarbeiters in höherem Umfang benötigt wird, kann der Umfang nach Verfügbarkeit des freien Mitarbeiters angepasst werden. Dasselbe gilt, wenn sich der Bedarf nachträglich aus Gründen erhöht, die bei Einzelbeauftragung nicht absehbar waren und nicht von der Auftraggeberin zu vertreten sind.
- (4) Unwesentliche Änderungen der Leistung durch den Auftragnehmer im Zuge von Anpassungen an gesetzliche Regelungen oder verbindliche Vorgaben von Sozialversicherungsträgern sind möglich, sofern solche Änderung weder einzeln noch in ihrer Gesamtheit wesentlich sind, nicht zu einer Preiserhöhung oder Leistungsminderung führen und sofern solche Änderungen das Äquivalenzverhältnis der wechselseitigen Leistungen nicht zum Nachteil der Auftraggeberin verändern. Der Auftragnehmer teilt solche Änderungen vorab schriftlich mit und fügt eine Begründung dazu bei, dass die Voraussetzungen des Satzes 1 für eine zulässige Änderung vorliegen.
- (5) Treten nachträglich Änderungen in den Verhältnissen gegenüber den Angaben zur Eignung (Anlagen 8 – 11-5 der Bewerbungsbedingungen) ein, die zu einer Einschränkung oder Aufhebung der Eignung des Auftragnehmers führen können, so teilt der Auftragnehmer dies der Auftraggeberin unverzüglich mit.

§ 3 Abrufberechtigte

- (1) Die nachfolgend aufgeführten Abrufberechtigten sind berechtigt, die Leistungen, die Gegenstand dieser Rahmenvereinbarung sind, ab Zuschlagserteilung nach dem unter § 6 dieses Vertrages vorgesehenen Verfahren zur Vergabe von Einzelaufträgen abrufen bzw. beauftragen zu können:

AOK PLUS service GmbH
Sternplatz 7 in 01067 Dresden

(für die Lose 1 bis 5)

kubus IT – Arbeitsgemeinschaft von Körperschaften des
öffentlichen Rechts eGbR

c/o AOK Bayern – Die Gesundheitskasse
Friedrich-Puchta-Straße 27 in 95444 Bayreuth

(für die Lose 2 bis 4)

- (2) Im Falle des Abrufs kommt es zu einem eigenständigen bilateralen Vertragsabschluss zwischen dem Auftragnehmer und der Abrufberechtigten, wobei die Bedingungen der

Rahmenvereinbarung nebst aller Anlagen für die Abrufberechtigte entsprechend gelten. Der Abruf wird für die Abrufberechtigten durch die AOK PLUS durchgeführt, sofern nichts anderes vereinbart ist.

- (3) Die Abrufberechtigten sind berechtigt, aber nicht verpflichtet, ihren Bedarf aus der Rahmenvereinbarung dieser Ausschreibung zu decken (keine Exklusivität). Eine Mindestabnahmemenge ist für die Abrufberechtigten ebenfalls nicht geschuldet bzw. nicht vereinbart.
- (4) Die Abrufberechtigten können zudem jeweils einzeln jederzeit das Abrufrecht gegenüber dem Auftragnehmer zurückweisen. In diesem Fall erlischt das jeweilige Abrufrecht.
- (5) Eine gesamtschuldnerische Haftung der Abrufberechtigten und der Auftraggeberin gegenüber dem zukünftigen Auftragnehmer wird nicht vereinbart.

§ 4 Mitwirkungshandlungen der Auftraggeberin

Mitwirkungshandlungen der Auftraggeberin und hierfür einzuhaltende Termine gelten nur, wenn sie in dieser Rahmenvereinbarung oder auf der Grundlage dieser Rahmenvereinbarung schriftlich vereinbart wurden und ausdrücklich als Mitwirkungshandlungen bezeichnet sind. Sofern und soweit Mitwirkungsleistungen der Auftraggeberin vereinbart sind, sind dies Obliegenheiten im Rechtssinne und führen bei Nichterfüllung nicht zu Ersatz- oder anderen Ausgleichspflichten der Auftraggeberin gegenüber dem Auftragnehmer, sofern nicht ausdrückliche Rechtsfolgen benannt sind.

§ 5 Einzelaufträge auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung, Rechte

- (1) Die Beauftragung von Dienstleistungen, die durch freie Mitarbeiter erbracht werden, erfolgt im Los nach dem in Punkt V. der Leistungsbeschreibung (Anlage 1 der Bewerbungsbedingungen) festgelegten Verfahren, dem sogenannten Kaskadenverfahren. Der verbindliche Leistungsinhalt ergibt sich ausschließlich aus der jeweiligen Einzelbeauftragung. Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Einzelbeauftragung besteht nicht.
- (2) Der Ablauf des jeweiligen Abrufs richtet sich nach Ziff. V der Leistungsbeschreibung (Anlage 1 der Bewerbungsbedingungen).
- (3) Eine weitergehende Konkretisierung der in der Leistungsbeschreibung (Anlage 1 der Bewerbungsbedingungen) angegebenen Leistungsinhalte durch die Auftraggeberin ist insbesondere insoweit zulässig, als dass die jeweiligen Leistungsinhalte bereits in abstrakter Form in dieser Rahmenvereinbarung sowie in den Vergabeunterlagen nebst Anlagen genannt sind.
- (4) Der Auftragnehmer stellt die verbindliche Verpflichtung des im jeweiligen Abruf ausgewählten freien Mitarbeiters innerhalb der von der Auftraggeberin vorgegebenen Frist sicher, andernfalls innerhalb einer Woche.

- (5) Die Parteien gehen übereinstimmend davon aus, dass es sich bei der Leistung der freien Mitarbeiter um eine jedenfalls gegenüber der Auftraggeberin selbstständige Dienstleistung handelt, die weisungsunabhängig erbracht werden kann.
- (6) Der jeweilige freie Mitarbeiter ist nicht zur Vertretung des Auftragnehmers berechtigt, wenn und soweit nicht ausdrücklich etwas anderes festgelegt ist.

§ 6 Kontaktperson

Die Parteien benennen für die Dauer der Rahmenvereinbarung jeweils eine Kontaktperson mit Kontaktdaten, die ermächtigt ist, im Rahmen der Rahmenvereinbarung notwendige Erklärungen per Brief, Email und Telefax verbindlich abzugeben und entgegenzunehmen. Hiervon kann die Auftraggeberin bei Bedarf abweichende Vorgaben treffen. Eine ordnungsgemäße Vertretung im Abwesenheitsfall ist sicherzustellen.

§ 7 Vertraulichkeit, Datenschutz

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, über alle betrieblichen Angelegenheiten der Auftraggeberin Dritten gegenüber Stillschweigen und den Schutz personenbezogener Daten zu bewahren und sicherzustellen, dass die von ihm eingesetzten freien Mitarbeiter sowie andere Unterauftragnehmer und Dritte dies beachten. Auf Anforderung der Auftraggeberin erwirkt der Auftragnehmer eine direkte Verpflichtung zwischen dem freien Mitarbeiter und der Auftraggeberin zur Absicherung der datenschutzgerechten Behandlung jeglicher Software, Datenbanken, anderer Daten und Datenzugänge sowie Schriftstücke, die der jeweilige freie Mitarbeiter im Rahmen seiner Tätigkeit erhalten hat, sowie der Arbeitsergebnisse des freien Mitarbeiters (Anhang 2 zu diesem Vertrag). Diese Verpflichtungen dauern auch nach Ende dieser Rahmenvereinbarung fort. Die vom Auftragnehmer eingesetzten Personen sind von diesem entsprechend verpflichtet sowie auf den Schutz personenbezogener Daten verpflichtet. Soweit eine Auftragsverarbeitung personenbezogener Daten vorliegt, schließt der Auftragnehmer mit der Auftraggeberin eine Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung nach einem Muster der Auftraggeberin.
- (2) Die bei der Auftraggeberin eingesetzten freien Mitarbeiter verwenden zur Erbringung der vertraglich vereinbarten Leistungen grundsätzlich eigene Arbeitsmaterialien und Technik. Ausnahmsweise arbeiten die freien Mitarbeiter auf Systemen der Auftraggeberin, sofern dies aus Gründen des Datenschutzes, insbesondere zum Schutz personenbezogener Daten und/oder Geschäfts-/Betriebsgeheimnisse der Auftraggeberin, erforderlich ist.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Inhalt dieser Rahmenvereinbarung Dritten nur insoweit und nur dann mitzuteilen, als dies zur Erfüllung dieser Rahmenvereinbarung notwendig ist.

§ 8 Nutzungsrechte, Herausgabe von Unterlagen

- (1) Der Auftragnehmer stellt durch geeignete vertragliche Vereinbarungen sicher, dass die mit der Ausführung der Leistungen betrauten freien Mitarbeiter der Auftraggeberin ausschließliche Nutzungsrechte an Software, Datenbanken, anderen Daten und Datenzugängen, Schriftstücken und anderen Arbeitsergebnissen, die der freie Mitarbeiter für die Auftraggeberin im Rahmen des mit ihm zu schließenden Vertrages erarbeitet, für alle Zwecke und in jeglicher Darstellungsform sowie ohne zeitliche, örtliche, personelle, inhaltliche oder anderweitige Begrenzung sowie einschließlich des Rechts zur Änderung, Vervielfältigung und zur Übertragung an Dritte einräumt. Der Auftragnehmer weist der Auftraggeberin mit der Erteilung eines Einzelauftrages nach, dass er dem Satz 1 entsprechende Vereinbarungen mit dem jeweiligen freien Mitarbeiter getroffen hat, und erwirkt auf Anforderung der Auftraggeberin eine direkte Rechteübertragung im Sinne von Satz 1 zwischen dem freien Mitarbeiter und der Auftraggeberin.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet sicherzustellen, dass der jeweilige freie Mitarbeiter jegliche Software, Datenbanken, anderen Daten und Datenzugänge sowie Schriftstücke, die der jeweilige freie Mitarbeiter im Rahmen seiner Tätigkeit erhalten hat, sowie Arbeitsergebnisse, jeweils einschließlich entsprechender Datenträger sowie eventueller hierzu erstellter Kopien sowie Quell- und Objektcodes herausgibt bzw. datenschutzgerecht und endgültig löscht, soweit eine Herausgabe technisch unmöglich ist und dies schriftlich bestätigt. Ein Zurückbehaltungsrecht hinsichtlich solcher Unterlagen und Daten besteht nicht. Der Auftragnehmer weist der Auftraggeberin mit der Erteilung eines Einzelauftrages nach, dass er dem Satz 1 und Satz 2 im Rahmen des Zulässigen entsprechende Vereinbarungen mit dem jeweiligen freien Mitarbeiter getroffen hat, und erwirkt auf Anforderung der Auftraggeberin eine direkte Verpflichtung im Sinne von Satz 1 und Satz 2 zwischen dem freien Mitarbeiter und der Auftraggeberin.

§ 9 Einsatz von Unterauftragnehmern

- (1) Die Übertragung von Leistungen oder Teilleistungen auf Unterauftragnehmer und/oder die Hinzuziehung von Dritten zur Eignungsleihe für Tätigkeiten, die nicht die zu erbringenden Dienstleistungen durch die freien Mitarbeiter betreffen, ist nur an die in Anlage 3-2 der Bewerbungsbedingungen benannten Unterauftragnehmer und Dritte, zu denen die Anlagen 3-3 und 3-4 der Bewerbungsbedingungen vorliegen, im Übrigen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin zulässig. Eine solche Zustimmung zur Hinzunahme weiterer Unterauftragnehmer oder Dritter zur Eignungsleihe, die zum Zeitpunkt des Abschlusses der vorliegenden Rahmenvereinbarung nicht in Anlage 3-2 der Bewerbungsbedingungen benannt sind, kann erteilt werden, wenn alle Angaben nach Anlage 3-2 der Bewerbungsbedingungen sowie die Anlagen 3-3 und 3-4 der Bewerbungsbedingungen für die vorgesehenen Unterauftragnehmer oder Dritten vorgelegt werden.
- (2) Auf Anforderung der Auftraggeberin wird der Auftragnehmer bei begründetem Anlass für vorgesehene sowie für bereits eingesetzte Unterauftragnehmer weitere geeignete Nachweise zu deren Eignung beibringen. Bringt der Auftragnehmer diese Nachweise nicht unverzüglich bei oder hat die Auftraggeberin begründete Zweifel an der Eignung

des Unterauftragnehmers, so wird der Auftragnehmer den Unterauftragnehmer unverzüglich aus der Leistungserbringung herausnehmen.

- (3) Der Auftragnehmer wird Unterauftragnehmern insgesamt keine ungünstigeren Bedingungen – insbesondere hinsichtlich Zahlungsweise und Sicherheitsleistungen – stellen als nach dieser Rahmenvereinbarung zwischen der Auftraggeberin und ihm vereinbart ist und stellt sicher, dass dies auch für Unter-Unterauftragnehmer gilt.
- (4) Inhaltliche Anforderungen dieser Rahmenvereinbarung an die Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit und Fachkunde gelten in gleicher Weise für mittelbare Unterauftragnehmer, und zwar auch dann, wenn und soweit dies in dieser Rahmenvereinbarung nicht ausdrücklich gefordert ist. Die Auftraggeberin kann für diese Unterauftragnehmer geeignete Nachweise verlangen.
- (5) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass von ihm eingesetzte Unterauftragnehmer die Regelungen dieser Rahmenvereinbarung, soweit diese die Leistung des Unterauftragnehmers betreffen, vollständig einhalten. Für einen Unterauftragnehmer steht der Auftragnehmer in gleicher Weise ein wie für seine eigenen Leistungen.
- (6) Die Regelungen dieses § 9 gelten nicht für freie Mitarbeiter, die für die zu erbringenden Dienstleistungen eingesetzt werden.

§ 10 Vergütung

- (1) Im Falle der Erteilung eines Einzelauftrages erhält der Auftragnehmer für seine erbrachten Leistungen die (entsprechend dem beauftragten und erbrachten Bedarf an Personentagen) im Angebotsblatt (Anlagen 2-4 und 2-5 der Bewerbungsbedingungen) vereinbarte Vergütung pro Personentag. Eine darüber hinaus gehende Vergütung steht dem Auftragnehmer nicht zu.
- (2) Dabei ergeben 8 Einzelstunden einen Personentag. Ein Personentag kann sich aus einzelnen geleisteten Stunden an verschiedenen Tagen ergeben. Werden weniger als 8 Einzelstunden geleistet, erfolgt die Vergütung anteilig.
- (3) Alle Preise verstehen sich zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer.
- (4) Mit der Vergütung für die nach Einzelbeauftragung erbrachten Personentage sind sämtliche Leistungen und Nebenkosten abgegolten, insbesondere auch eventuelle Reise- und Übernachtungskosten, Kosten für Post und Telekommunikation, die übrigen anfallenden Auslagen und Spesen, Nutzungsrechte und Unterlagen hierzu, die Vergütung für eventuelle Reisezeiten der freien Mitarbeiter zu den Standorten der Auftraggeberin in Sachsen und Thüringen, Kosten für den zentralen Ansprechpartner, sämtliche Unterstützungsprozesse (u. a. Back Office), Rekrutierungsprozess, Serviceleistungen, Kosten für die Auswahl des freien Mitarbeiter/s, Dokumentationen).

- (5) Die Zahlung der Vergütung erfolgt nach prüffähiger und hinreichend detaillierter Rechnung für erbrachte Leistungen, der ein von der Auftraggeberin gegengezeichneter Arbeits- und Zeitrachweis beigelegt ist, an eine von der Auftraggeberin zu benennende Rechnungsanschrift. Hierfür kann die Auftraggeberin das Muster eines Arbeits- und Zeitrachweises mit den darin erforderlichen Angaben vorgeben. Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage.

§ 11 Haftung

- (1) Auftraggeberin und Auftragnehmer haften einander nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. Bei Verletzung wesentlicher Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung der Rahmenvereinbarung überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung die Auftraggeberin regelmäßig vertrauen darf (sogenannte Kardinalpflichten), findet eine Haftungsbeschränkung nicht statt. Die Verletzung von Datenschutzbestimmungen stellt stets eine Verletzung von Kardinalpflichten dar.
- (2) Eine Haftung bei leicht fahrlässiger Verletzung von Pflichten ist auf einen Betrag von EUR 500.000,00 je Einzelbeauftragung beschränkt.
- (3) Soweit die Haftung beschränkt oder ausgeschlossen ist, gilt dies auch für die Haftung von Arbeitnehmern, Vertretern oder Erfüllungsgehilfen sowie von freien Mitarbeitern, anderen Unterauftragnehmern sowie im Rahmen einer Eignungsleihe hinzugezogenen Dritten.
- (4) Der Auftragnehmer weist der Auftraggeberin auf Verlangen jederzeit das Bestehen einer angemessenen Haftpflichtversicherung mit einer Mindestversicherungssumme in Höhe der Beträge nach Absatz 2 und einer zweifachen jährlichen Deckung nach, welche auch für die Haftung von Arbeitnehmern, Vertretern oder Erfüllungsgehilfen sowie von freien Mitarbeitern, anderen Unterauftragnehmern sowie im Rahmen einer Eignungsleihe hinzugezogenen Dritten gilt.
- (5) Die vorgenannten Haftungsbeschränkungen bzw. -ausschlüsse gelten nicht bei der Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit, bei arglistigem Verschweigen von Mängeln, für die Haftung aufgrund des Produkthaftungsgesetzes und bei der Übernahme einer Garantie.

§ 12 Laufzeit, Kündigung

- (1) Die Rahmenvereinbarung wird mit dem Zuschlag wirksam. Die Laufzeit der Rahmenvereinbarung beginnt am 15. November 2026 und endet, ohne dass es einer Kündigung bedarf, am 14. November 2030. Bei Verzögerungen des Vergabeverfahrens gleich aus welchem Grund kann die Auftraggeberin den Vertragszeitraum entsprechend verschieben.
- (2) Die Rahmenvereinbarung kann ohne das Vorliegen von Gründen von jeder Partei mit einer Frist von sechs Monaten zum Monatsende, erstmals jedoch zum 31. Oktober

2027, gekündigt werden. Wird die ordentliche Kündigung durch die Auftraggeberin erklärt, wird diese sämtlichen Partnern des Rahmenvertrages im betroffenen Los kündigt.

- (3) Einzelaufträge können von jeder Vertragspartei mit einer Frist von vier Wochen zum Ende eines Kalendermonats ordentlich gekündigt werden. Die bis zum Wirksamwerden der Kündigung erbrachten Teilleistungen werden entsprechend der dafür aufgewendeten Personentage vergütet.
- (4) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt für beide Parteien unberührt. Ein wichtiger Grund für eine Kündigung der Auftraggeberin aus wichtigem Grund liegt insbesondere dann vor,
- wenn die Voraussetzungen der Eignung nach Anlagen 8 – 11-5 der Bewerbungsbedingungen oder der Anlagen 3-3 und 3-4 der Bewerbungsbedingungen nicht mehr vorliegen, insbesondere wenn Gründe bestehen, die zu einem Ausschluss nach § 123, 124 GWB führen würden, bei fakultativen Ausschlussgründen nach Ermessen der Auftraggeberin, welches im Rahmen der Entscheidung über die Kündigung auszuüben ist, oder
 - wenn entgegen der Eigenerklärung zu den Russlandsanktionen der Europäischen Union (Anlagen 9 der Bewerbungsbedingungen) gehandelt wird, oder
 - der Auftraggeberin bekannt wird, dass der Auftragnehmer oder ein von ihm eingesetzter freier Mitarbeiter, anderer Unterauftragnehmer oder im Rahmen einer Eignungsleihe hinzugezogener Dritter seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, anderen Abgaben, Sozialbeiträgen oder für ihn verbindlicher Tariflöhne nicht erfüllt, oder
 - der Auftraggeberin bekannt wird, dass der Auftragnehmer oder ein von ihm eingesetzter freier Mitarbeiter, anderer Unterauftragnehmer oder im Rahmen einer Eignungsleihe hinzugezogener Dritter sich an wettbewerbsbeschränkenden Absprachen beteiligt oder beteiligt hat, oder
 - der Auftragnehmer oder von ihm eingesetzter freier Mitarbeiter, anderer Unterauftragnehmer oder im Rahmen einer Eignungsleihe hinzugezogener Dritter Datenschutz- und/oder Vertraulichkeitsbestimmungen verletzt.
- (5) Im Falle einer Kündigung aus wichtigem Grund, den der Auftragnehmer gesetzt hat, haftet der Auftragnehmer insbesondere für alle Kosten, die der Auftraggeberin dadurch entstehen, dass eine Leistung außerhalb der vorliegenden Rahmenvereinbarung in anderer Weise sichergestellt werden muss, insbesondere für Kosten, die durch eine Neuausschreibung entstehen.
- (6) Schadensersatzansprüche bleiben von dem Recht zur außerordentlichen Kündigung unberührt.

- (7) Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 13 Sonstiges

- (1) Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.
- (2) Änderungen oder Ergänzungen dieser Rahmenvereinbarung bedürfen der Schriftform. Auf dieses Schriftformerfordernis kann nur durch ausdrückliche schriftliche Vereinbarung verzichtet werden.
- (3) Durch etwaige Ungültigkeit oder Undurchführbarkeit einer oder mehrerer Bestimmungen dieser Rahmenvereinbarung wird die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Für den Fall, dass eine Bestimmung unwirksam oder undurchführbar sein sollte, werden die Parteien sie mit rückwirkender Geltung durch eine andere Bestimmung ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der weggefallenen Bestimmung in zulässiger Weise möglichst nahe kommt. Vorstehendes gilt entsprechend für den Fall, dass die vorliegende Rahmenvereinbarung eine Regelungslücke aufweisen sollte.
- (4) Auf diese Rahmenvereinbarung findet das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung, bei Anwendbarkeit von Landesrecht das Recht des Freistaats Sachsen.
- (5) Die Sprache der Rahmenvereinbarung ist deutsch. Die schriftliche und mündliche Kommunikation zwischen der Auftraggeberin und dem Auftragnehmer sowie alle Dokumentation erfolgen ausschließlich in deutscher Sprache.
- (6) Erfüllungsort ist – soweit nicht anders vereinbart - Dresden.
- (7) Gerichtsstand ist für beide Parteien Dresden, sofern nicht durch zwingendes Recht ein anderer Gerichtsstand vorgegeben ist.

Anhänge:

- Anhang 1 - Bestimmungen zum Datenschutz und zur Datensicherheit
Anhang 2 - Verpflichtungserklärung zur Wahrung der Vertraulichkeit

Für die Auftraggeberin:

_____, den _____

(Unterschrift(en))

(Name(n) in Druckschrift)

Für den Auftragnehmer:

_____, den _____

(Unterschrift(en))

(Name(n) in Druckschrift)